

II. Kapitel: Theoretische Rahmung

Angesichts des Forschungsgegenstandes dieser Dissertation ist es naheliegend, die einschlägige Literatur mit Blick auf massenmediale Berichterstattung über Kriege und militärische Konflikte oder umfassender über internationale Politik nach forschungsleitenden Theorien, zumindest jedoch nach theoretischen Ansätzen und Konzeptionen zu durchleuchten.

Allerdings ist dieser Bereich, wie bereits in der Einleitung moniert, noch weitgehend sozialwissenschaftliches Neuland – insbesondere für die Politikwissenschaft. Zwar ist vor allem mit Blick auf empirische Arbeiten eine langsam wachsende Aufmerksamkeit, speziell seit dem Krieg der NATO gegen die BR Jugoslawien 1999, zu verzeichnen. Systematische Konzeptionen aber, die das Verhalten von Massenmedien im Krieg und das Verhältnis zwischen Massenmedien und den kriegführenden Akteuren abstrahieren, gleich ob als Theorie, Erklärungsmuster oder auch nur als hypothetische Formulierungen, sind so gut wie nicht feststellbar.

In Ermangelung derartiger spezifischer Theorien gehe ich eine Ebene zurück und wende mich jenen theoretischen Überlegungen zu, die sich mit der generelleren Frage auseinandersetzen, auf Grund welcher Determinanten bestimmte Aspekte der Realität internationaler Politik massenmedial erfaßt und vermittelt werden und andere nicht.

Ziel ist es, eine für diese Studie taugliche forschungsleitende Theorie, mindestens jedoch forschungsleitende theoretische Ansätze, zu identifizieren, deren Prämisse und methodische Konzeptionen sich auch zur Untersuchung von Kriegsberichterstattung eignen. Auf diese Weise sollen möglichst weitgehend, d.h. aus verschiedenen Perspektiven, die spezifisch konstruierten Weltbilder der TIMES und FAZ über die konfliktgeladenen Ereignisse in Südosteuropa erfaßt werden. Zugleich wird damit ein Überblick über den in erster Linie medienwissenschaftlichen Forschungsstand geliefert.

Die zentrale Prämisse derartiger theoretischer Überlegungen für diese Arbeit muß es sein, daß sie die Massenmedien bzw. den Redakteur/die Redaktion/den Herausgeber als politisch-ideologisch motiviert handelnden Akteur und somit als politischen Machtfaktor und nicht bloß als passiven – quasi technischen – Mittler von Ereignissen bestimmt. Nur ein solcher Ansatz, einschließlich seiner Methoden, der den Massenmedien genau diese aktive Rolle zuschreibt, kann eine geeignete theoretische und methodische Grundlage zur Beantwortung der in der Einleitung formulierten forschungsleitenden Fragestellungen bilden.

Vor dem Hintergrund dieser Voraussetzung werden im ersten Unterkapitel einige (potentiell forschungsleitende) Theorien und theoretische Ansätze skizziert und geprüft, die für sich in Anspruch nehmen, die Rolle der Massenmedien bei der Identifikation von nachrichtenrelevanten (internationalen) Ereignissen und die Art und Weise ihrer Publikation zu erklären.

Dabei wird für jeden theoretischen Ansatz ein Modell entworfen, welches den Verlaufsprozeß vom Ereignis bis zu seiner eventuellen Publikation nachvollziehbarer gestaltet.

Unverzichtbar für eine Perzeptionsstudie, ist es, einleitend (erstes Unterkapitel) zumindest einen kurzen Exkurs über die vorherrschenden Annahmen zu menschlichen Wahrnehmungsprozessen zu unternehmen. Auf diese Weise soll aufgezeigt werden, mit welcher Problematik man konfrontiert wird, wenn das, was man alltäglich als Wahrnehmung von ‚Wirklichkeit‘ oder ‚Realität‘ bezeichnet, erkenntnistheoretisch, neurophysiologisch oder wahrnehmungspsychologisch hinterfragt wird. Die hier vorgestellten Überlegungen zeichnen sich durch einen interdisziplinären Charakter aus und erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

Das dritte theoretische Unterkapitel zielt darauf ab, anhand verschiedener Erklärungsmodelle darzustellen, wie sich das Verhältnis (jeweilige Funktions-, Rollen- und Bedeutungszuschreibungen) der beiden Akteure, des (internationalen) politischen System und des Mediensystems, in seiner historischen Entwicklung und seiner Gegenwart gestaltet. Zugleich werden auf diese Weise zwei weitere Zielsetzungen erfüllt: Erstens wird damit ein kurzer Überblick über diesen spezifischen Forschungsstand gegeben. Und zweitens wird dem Leser das notwendige Problembewußtsein für die oftmals unterschätzte Bedeutung der Massenmedien hinsichtlich ihres Einflusses auf die Gestaltung der Außenpolitik im speziellen und der Politik im generellen vermitteln.

1. Weltbilder und (mediale) Realität(en)

Eine stets diskutierte Frage bei Medienforschungsprojekten ist die Problematik der Perzeption. Wie nehmen Massenmedien Wirklichkeit wahr? Welches sind die Bedingungen, nach denen die Realität in für Nachrichten relevante und irrelevante Bereiche differenziert wird? Und schließlich, wie können Informationen objektiv publiziert werden?

Bereits die erkenntnistheoretische und somit philosophische Frage, was Wirklichkeit ist, über die wahrheitsgemäß und objektiv berichtet werden soll, kann nicht eindeutig beantwortet werden.

Ist eine ‚objektive‘ Realität, die eine feste und unverrückbare Größe darstellt und somit als Norm für Abweichungen herangezogen werden kann, überhaupt existent? Und wenn die ‚objektive‘ – also physische – Realität existiert, kann sie in ihrer Komplexität vom menschlichen Geist überhaupt wahrgenommen und bewältigt werden?

Diese theoretischen Grundfragen lassen sich nicht monodisziplinär, hier also bloß politik- oder kommunikationswissenschaftlich erklären. Es bedarf dafür eines interdisziplinären Ansatzes, der auch Ergebnisse der Wahrnehmungspsychologie berücksichtigt. Eine interessante, wenn auch hier nicht weiter verfolgte Synopse über das Verhältnis von philosophischer Erkenntnistheorie und Einzelwissen-

schaften, hier insbesondere der Wahrnehmungspsychologie, bietet dazu der Psychologe Werner van Haaren in seiner Studie „Wahrnehmung und Erkenntnis – Zum Verhältnis von Psychologie und Philosophie“.¹

1.1. Objektive Realität und Weltbilder/Images

Die physische oder auch objektive Realität, so es sie denn geben sollte, wird durch einen spezifischen Perzeptionsmechanismus wahrgenommen. Die objektive Realität bedeutet in ihrer enormen Komplexität in jedem Moment des menschlichen Seins eine nicht zu bewältigende Reizüberflutung für den Menschen. Der Mensch wäre, könnte er dieses Informationschaos nicht strukturieren, als das, was ihn als Mensch kennzeichnet, nämlich die Fähigkeit zur Reflexion und Einschätzung seiner Umwelt, nicht existenzfähig.

Die Politikwissenschaftler Wolfgang Pfeiler und Jörg Peter Mentzel definieren in ihrer interdisziplinär angelegten Studie „Deutschlandbilder – Die Bundesrepublik aus Sicht der DDR und der Sowjetunion“ Perzeption als einen „erlernte[n], überwiegend außerbewußte[n] Prozeß der Informationsreduktion (...)“². Wesentlicher Prozeß der Perzeption ist hierbei die Reduktion von Sinnesreizen, daß heißt, das Reduzieren von Informationen auf eine überschaubare Menge. Diese Reduktion findet jedoch nicht ziellos und willkürlich statt, sondern unterliegt einem spezifischen Selektionsprozeß, welcher die wichtigen von den unwichtigen Informationselementen für das Individuum herausfiltert. Die Akzeptanz von spezifischen Informationen durch und die Kategorisierung in das Gehirn werden vom im Gehirn (Gedächtnis) bereits vorhandenen Informationen – zu verstehen als (Ab-)Bilder von der Wirklichkeit – gesteuert. Es handelt sich gewissermaßen um einen deduktiven Wahrnehmungsprozeß, die „cognitive consistency“, wie die US-amerikanischen Sozialwissenschaften diesen Prozeß bezeichnen³, bei dem ein kognitives Informationsraster sich auf bereits „phylogenetisch, ontogenetisch und sozialkommunikativ erworbene Informationen stützt“, so Mentzel und Pfeiler.⁴

Die einfließenden Informationen werden jedoch nicht nur auf der Grundlage des kognitiven Informationsrasters selektiert, also einfach nur zur Kenntnis genommen. Vielmehr besteht eine interaktive Beziehung zwischen der positiv selektierten Information und den gespeicherten Informationen. Die interaktive Beziehung kann zu einer Weiterentwicklung und Festigung, unter bestimmten Bedingungen aber auch zur Korrektur, des (Ab-)Bildes oder wie es häufiger bezeichnet wird, des Image führen. Die prozessuale Optimierung des Image von

1 Vgl. Haaren, Werner van, „Wahrnehmung und Erkenntnis - Zum Verhältnis von Psychologie und Philosophie“, Frankfurt a.M., 1982.

2 Vgl. Mentzel, Jörg, Peter und Pfeiler, Wolfgang, „Deutschlandbilder – Die Bundesrepublik aus Sicht der DDR und der Sowjetunion“, Bonn, Düsseldorf, 1972, S. 47.

3 Vgl. Jervis, Robert, „Perception and Misperception in International Politics, New Jersey, 1976, S. 117-202.

4 Vgl. Mentzel, Jörg, Peter und Pfeiler, Wolfgang, „Deutschlandbilder – Die Bundesrepublik aus Sicht der DDR und der Sowjetunion“, a.a.O., S. 43.

der Wirklichkeit verbessert die Möglichkeiten des Individuums, in seiner Umwelt erfolgreich zu bestehen und sie effektiver zu gestalten.

Die Außenwelt werde im Gedächtnis als „Analogiemodelle“ gespeichert, so Mentzel und Pfeiler. Der Begriff des „Analogiemodells“ ist sowohl in den Wissenschaften als auch in der Alltagssprache eher unter den Synonymen Image, Bild oder Weltbild vorzufinden. In allen Begriffsvarianten wird von einem vom Gehirn selbst entworfenen Konstrukt (subjektive Wirklichkeit) als mehr oder minder adäquatem Abbild der objektiven Wirklichkeit ausgegangen, die gewissermaßen parallel zueinander existieren.

Es besteht also keine Identität zwischen der objektiven Wirklichkeit und der subjektiven Wirklichkeit, also dem „Analogiemodell“ oder dem Image.

Zugleich ist das Individuum jedoch außerstande, die Divergenz zwischen den beiden Wirklichkeitsebenen kognitiv zu erfassen. Das Entscheidende ist also, daß diese subjektive Wirklichkeit als objektive, also real gegebene Wirklichkeit erachtet wird – zumindest solange das Individuum mit seinem Handeln (basierend auf seiner subjektiven Wirklichkeit) die Herausforderungen der objektiven Wirklichkeit erfolgreich bewältigt. In Folge dessen ist das entscheidende Kriterium für die Annahme der „Richtigkeit oder Wahrheit von Images“ nicht die Identität mit der objektiven Realität. Vielmehr ist dieses nur die individuelle Erfahrung, nämlich ob die Herausforderung erfolgreich oder erfolglos, gewissermaßen nach dem ‚trial-and-error-Prinzip‘, bewerkstelligt wurde.

Grundlegende Veränderungen von Images finden nur unter ganz bestimmten Bedingungen statt, wie beispielsweise der Erkenntnis, daß mit dem bisherigen Weltbild die Umwelt nicht mehr ausreichend bewältigt werden kann – also der ‚Error‘-Effekt eintritt. Ansonsten wird von einer hohen Stabilität ausgegangen, da sie sich:

- erstens selbstreferentiell verstärken, d.h. sie in der Regel – abgesehen von den bereits erwähnten Ausnahmen – nur Informationen akzeptieren, die sich konsolidierend auf das Weltbild auswirken;
- zweitens ihre Stabilität aber auch wichtig ist, da Images wie ein Kompass der Orientierung in einer komplexen Wirklichkeit dienen.⁵

Images oder Weltbilder, wie immer man diese subjektiven Wirklichkeitsmodelle auch bezeichnen mag, sind nicht nur ein Orientierungs- und Verhaltensinstrument von Individuen. Sie bedingen darüber hinaus auch die Denk- und Verhaltensschemata von sozialen Gruppen und ganzen Nationen, die sich auf diese Weise ein Bild von sich selbst (Autostereotyp) und anderen Nationen (Heterostereotyp) machen.

5 Vgl. Ebd., S. 42-48.

Denn Images entstehen, wie bereits oben unter dem Begriff „sozialkommunikativ“ erwähnt, in erheblichem Maße durch kommunikative Interaktionen (zumeist sprachlich) zwischen Menschen, die sich den gleichen oder ähnliche Sprachcodes teilen. Das führt zu einer weitgehenden Angleichung der Images im Rahmen einer sozialen Gruppe oder Nation, insbesondere wenn man im umfassendsten Sinne des Wortes eine Sprache spricht. Relativ homogenen Images kommen sodann identitätsstiftende und somit für die Nation integrative Funktionen zu. Massenmedien und gesellschaftliche Exponenten wie Literaten, Künstler aber auch Politiker sind aufgrund ihres öffentlichen Charakters wesentliche Träger der Generierung von nationalen autostereotypischen⁶ und heterostereotypischen Images.⁷ Stereotype können verbale, aber auch symbolische und visuelle Ausdrucksformen wie Karikaturen, Photographien etc. haben.⁸

Diese Wirklichkeitsverzerrungen als das, was Images, ob individuelle oder Nationen-Images sind, dienen, da vermeintlich als objektive Wirklichkeit betrachtet, jedoch dem Menschen als Handlungsgrundlage⁹ – sei es im Privaten, sei es im Berufsleben, in der Politik oder bei der professionellen Vermittlung von Informationen, also der Massenmedien.

Diese hier vereinfacht dargestellten Annahmen über den Wahrnehmungs- und Erkenntnisprozeß von Wirklichkeit sollen im Folgenden um kommunikationswissenschaftliche Überlegungen ergänzt werden. Ziel ist es zu erörtern, wie Wirklichkeitskonstruktion durch Massenmedien geleistet wird.

1.2. Massenmediale Realität(en)

Der Kommunikationswissenschaftler Winfried Schulz untersuchte die medien- und kommunikationswissenschaftliche Literatur sowie Forschungsergebnisse und faßte auf der Grundlage dieser Erkenntnisse zusammen: „(...), daß die Massenmedien in der Regel die Wirklichkeit nicht repräsentieren“.¹⁰

6 Hierbei ist hervorzuheben, daß die landläufige Gleichsetzung des Begriffs ‚Stereotyp‘ mit dem Begriff ‚Vorurteil‘ in den Sozialwissenschaften nicht geteilt wird: Stereotypen kommen in ihrer Eigenschaft dem Image, dem Bild, sehr nahe. Sie sind eine Art kognitive Simplifizierung von Wirklichkeit, um diese strukturieren und bewältigen zu können. Es zeigt sich ein nur gradueller Unterschied zum Image. Hingegen handelt es sich bei einem ‚Vorurteil‘ um eine einfach übernommene und wertende, jedoch empirisch nicht überprüfte Aussage. Siehe dazu: Jost, Melanie, „Die Entwicklung des Deutschlandbildes in den USA nach 1990“, Magisterarbeit, Köln, 2002, S. 15–21.

7 Vgl. Mentzel, Jörg, Peter und Pfeiler, Wolfgang, „Deutschlandbilder – Die Bundesrepublik aus Sicht der DDR und der Sowjetunion“, a.a.O., S. 48-56.

8 Vgl. Roth, Klaus, „Bilder in den Köpfen“. Stereotypen, Mythen, Identitäten aus ethnologischer Sicht“, in: Heuberger, Valeria; Suppan, Arnold; u.a. (Hrsg.), „Das Bild vom Anderen. Identitäten, Mentalitäten, Mythen und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen“, Frankfurt a.M., 1998, S. 24.

9 Vgl. Herz, John, H., „Weltbild und Bewusstwerdung – vernachlässigte Faktoren beim Studium der internationalen Beziehungen“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11, 1980, S. 3-17.

10 Zitat: Schulz, Winfried, „Massenmedien und Realität – Die ‚ptolemäische‘ und ‚kopernikanische‘ Auffassung“, a.a.O., S. 135-149.

Ereignisse würden vielmehr durch die Massenmedien zu einer Realität sui generis – zu medial konstruierten Realitäten.

Um diese komplexe Problematik zu simplifizieren, reduzierte er sie auf zwei dualistische Komponenten und illustrierte sie anhand der beiden historischen Personen Kopernikus und Ptolemäus:

Demnach kennzeichne sich die „ptolemäische“ Sichtweise durch die Prämisse der Existenz einer zugänglichen objektiven Realität und den daraus abgeleiteten normativen Anspruch, Massenmedien hätten die wahrnehmbare objektive Wirklichkeit gewissermaßen widerzuspiegeln. Aus dieser Perspektive wird den Massenmedien lediglich die Rolle als passive und objektive Mittler eben jener objektiven Realität zuerkannt. Mediale Realitätsverzerrungen erklärten sich unter anderem dadurch, daß sich Massenmedien nicht auf die ihnen zugedachte passive Mittlerfunktion beschränkten.

Der „kopernikanische“ Ansatz betrachte Massenmedien im Gegensatz zum „ptolemäischen“ nicht als passiven Mittler, sondern als aktives Strukturelement in einem gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß, an dessen Ende eine Vorstellung von Wirklichkeit erst entstehe. Dabei hätten Massenmedien die Funktion, die komplexe Umwelt für die übrige Gesellschaft vorzustrukturieren und zu interpretieren.

Es zeigt sich hier ein grundlegend unterschiedliches Verständnis von Realität: Während der „ptolemäische“ Ansatz von der Existenz einer ‚objektiven‘ Wirklichkeit ausgeht und diese folgerichtig gleichsam zum Gegenstand und zur Handlungsnorm objektiver Berichterstattung macht, ist die „kopernikanische“ Wirklichkeit ein kommunikatives Endprodukt – ein Konstrukt oder, anders ausgedrückt, ein spezifisch individuelles (Ab-)Bild von der Wirklichkeit, ohne diese selbst zu sein.

Dieses konstruierte Endprodukt namens ‚Wirklichkeit‘, welches realiter lediglich ein Image oder (Welt-)Bild von der objektiven Wirklichkeit ist, geht hervor aus der „Interaktion von äußeren Ereignissen“, d.h. von einer wie auch immer verfaßten ‚objektiven‘ Realität, deren Qualität nicht im Verhältnis 1 : 1 zu fassen ist, und „inneren Verarbeitungsregeln des kognitiven Perzeptions- und Koordinatensystems menschlicher Individuen“.¹¹

Es zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der kommunikationswissenschaftlichen Auffassung „kopernikanischer“ Ausrichtung“ und den oben skizzierten Annahmen über den menschlichen Wahrnehmungs- und Erkenntnisprozeß.

Und da Medien von Menschen gemacht werden, unterliegen – in Anlehnung an das „kopernikanische“ Erklärungsmodell – die Resultate ihrer Berichterstattungen denselben interaktiven Verarbeitungsprozessen von äußeren Wirklichkeiten und inneren Verarbeitungsschemata, an deren Ende medial konstruierte Realitäten stehen. Diese konstruierten Realitäten „bieten manchmal eine ausgesprochen tendenziöse und ideologisch eingefärbte Weltsicht. Die in den

11 vgl Ebd., S. 135-149; dazu detaillierter ebenfalls: Schulz, Winfried, „Kommunikationsprozeß“, a.a.O., S. 140-171.

Medien dargebotene Wirklichkeit repräsentiert in erster Linie die Stereotype und Vorurteile der Journalisten, ihre professionellen Regeln und politischen Einstellungen, die Zwänge der Nachrichtenproduktion und die Erfordernisse medialer Darstellung“.¹²

Der konstruktivistische Ansatz Schulzes' impliziert sodann, daß es nicht ‚die‘ Realität geben kann, die publiziert wird, sondern nur multiple – medial konstruierte – Realitäten als eine Art Produktpalette¹³. Denn was ‚wirklich‘ am Ort X oder Y geschehen ist, scheint somit eine metaphysische Frage zu bleiben.

Angesichts der fehlenden „objektiven Realität“, die als solche auch kognitiv ungefiltert wahrgenommen werden könnte, fragt sich Schulz, wie sich Forderungen nach „Objektivität“, „Sachlichkeit“ und „Unparteilichkeit“ bei der Berichterstattung mit dem ‚kopernikanischen‘ Modell vereinbaren ließen. Die Lösung sieht Schulz darin, „Objektivität (..) als Prinzip der Erkenntnisgewinnung im Sinne von ‚intersubjektiv überprüfbar‘ zu betrachten“, also eine „methodische Objektivität“ zu verfolgen.¹⁴

Ähnlich argumentiert der Medienexperte Walther von La Roche: Dieser spricht von einer "inneren Objektivität", die man nicht erfüllen könne, da "jeder Sachverhalt sich in sehr verschiedene Wirklichkeiten darstellt, je nach der Weltanschauung des Wahrnehmenden". Jedoch erwähnt von La Roche den Begriff der "äußeren Objektivität", die jeder Journalist – trotz den Faktoren der „inneren Objektivität“ – wahren müsse. Dabei handelt es sich um formale Verhaltenskriterien, die zumindest die Berichterstattung objektivieren sollen:

1. „Alle gemeldeten Fakten müssen stimmen.
2. Wo der Journalist trotz sorgfältiger Recherche keine Gewißheit erlangen kann, muß er sein Publikum darauf hinweisen, damit es nicht ungewisse Fakten für gewiß nimmt.
3. Zur Richtigkeit einer Darstellung gehört deren Vollständigkeit und Ausgewogenheit.
4. Die Nachricht darf keine Meinungsäußerung des Verfassers oder Bearbeiters enthalten (Trennung von Nachricht und Kommentar).
5. Floskeln, durch die auch (unbeabsichtigt) Meinung in die Nachricht einfließen könnte, sind zu vermeiden.
6. Meinungsäußerungen, die den Gegenstand der Nachricht bilden, sind als solche unmißverständlich zu kennzeichnen.
7. Bei der Ausgestaltung einer Nachricht ist zu beachten, daß schmückende und ergänzende Fakten eine nicht gerechtfertigte Tendenz in die Nachricht bringen können.“¹⁵

12 Zitat: Schulz, Winfried, „Massenmedien und Realität – Die ‚ptolemäische‘ und ‚kopernikanische‘ Auffassung“, a.a.O, S. 135-149.

13 Der Begriff der ‚Produktpalette‘ erscheint mir angesichts des Faktums, daß private Medienunternehmen in allererster Linie kommerzielle Unternehmen sind, die dementsprechend die Information als Ware oder Produkt verkaufen, angebracht.

14 Vgl. Ebd., S. 135-149.

15 Zitat: La Roche von, Walther, „Einführung in den praktischen Journalismus“, 14. Aufl., 1995, S. 125 f.f..

Es wird deutlich, daß die Subjektivität – hier auch die teils unbewußte (politische) Wertverhaftung – als menschliche Realität auch in der journalistischen Arbeit nicht geleugnet wird. Im Gegenteil, in Anerkennung dieser menschlichen Unzulänglichkeiten geht es für von La Roche darum, für den Journalismus allgemeinverbindliche Regeln zu formulieren, die die (auch politische) Subjektivität des Journalisten auf ein Mindestmaß reduzieren sollen.

2. Theorien der Nachrichtenselektion und -publikation

Wenn zwischen einer ‚objektiven‘ (politischen) Realität einerseits und einer medial konstruierten Realität andererseits unterschieden wird. Und wenn gar von der Existenz multipler (politischer) Medien-Realitäten ausgegangen wird, so stellen sich folgende Fragen:

1. Wenn „das Ereignis als Ereignis und das Ereignis als Nachricht (..) zweierlei Dinge, (...)“¹⁶ sind, nach welchen Kriterien werden Ereignisse, die weltweit tagtäglich geschehen, als nachrichtenwürdig selektiert?
2. Wie kann es zu multiplen, also heterogenen, medial konstruierten (politischen) Realitäten anstelle einer homogenen medial konstruierten (politischen) Realität kommen?
3. Wodurch bestimmen sich Platzierung, Umfang, Sendezeit und Stilform (Photographie, Karikatur, Nachricht, Reportage etc.) eines als nachrichtenwürdig selektierten Ereignisses?

Diese hier formulierten Fragen dienen im folgenden als ein Leitfaden, um einzelne Theorien, theoretische Ansätze oder theoretische Teilaspekte über Nachrichtenselektion und -publikation auf ihre Tauglichkeit als forschungsleitende Theorie für diese Arbeit hin zu prüfen. Grundlegende Prämisse einer solchen forschungsleitenden Theorie oder forschungsleitenden theoretischen Ansatzes muß es sein, wie bereits eingangs im theoretischen Kapitel erwähnt, daß sie/er das Mediensystem als politisch-ideologisch motiviert handelnden Faktor betrachtet.

2.1. „Gatekeeper-Forschung“

Die „Gatekeeper-Forschung“ findet ihren Ursprung in den Untersuchungen des Soziologen Kurt Lewin in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts. Lewin stellte fest, daß in nahezu allen gesellschaftlichen Institutionen strategische Pforten und Schleusen existieren. An bzw. in diesen saßen Entscheidungsträger, die Lewin als

16 Vgl. Dovifat, Emil, Wilke, Jürgen, „Zeitungslehre I“, a.a.O., S. 84 f.f.
siehe dazu auch: Seaton, Jean, „The sociology of the mass media“, in: Curran, James and Seaton, John (Hrsg.), „Power without responsibility“, 5th edition, London, 1997, S. 277.

„Gatekeeper“ bezeichnete. Deren Funktion bestehe in der Selektion von Informationen.

Diesen theoretischen Ansatz übertrug der Journalistikwissenschaftler David Manning White 1950 auf den Bereich der Nachrichtenselektion von Massenmedien. White testete die Theorie mit der Methode eines inhaltsanalytischen Input-Output-Verfahrens an einem Redakteur einer Tageszeitung in einer Kleinstadt in den USA. White nannte den Redakteur „Mr. Gates“. Die Input-Output-Analyse verglich alle eingehenden Informationen (Input) - beispielsweise die der Nachrichtenagenturen – mit allen dann publizierten Informationen (Output). Auch wurden Interviews mit „Mr. Gates“ über die Gründe seiner Entscheidungen für beziehungsweise gegen die eine oder andere Information, die er als nachrichtenrelevant betrachtete, gemacht. Ebenso wurde er über sein Selbstverständnis als Journalist befragt.¹⁷

Die „Gatekeeper-Forschung“ wurde seitdem weiterentwickelt und untersuchte auch größere Analyse-Einheiten wie ganze Zeitungsredaktionen. Die gewonnenen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Nachrichtenselektionen sind partiell abhängig von subjektiven Erfahrungen, (politischen) Einstellungen und Erwartungen des Journalisten. Und dies quer durch die gesamte Redaktionshierarchie – angefangen vom Korrespondenten oder der Nachrichtenagentur (als externem Informationslieferanten) bis hin zum Chefredakteur.
2. Nachrichtenselektionen unterliegen technischen und organisatorischen Grenzen und Zwängen wie beispielsweise dem begrenzten Platz in einer Zeitung.
3. Die Nachrichtenselektion eines Journalisten orientiert sich häufig an derjenigen der Kollegen und den Vorgesetzten.
4. Die redaktionelle Linie ist ein entscheidendes Kriterium.
5. Oft werden die vorgeformten Informationen der Nachrichtenagenturen übernommen und gewissermaßen eher technisch als inhaltlich redigiert.

In dem folgenden Modell der „Gatekeeping“-Forschung zeigt sich ein wechselseitiger Verlaufsprozeß zwischen Ereignis und „Gatekeeper“. Nicht allein das Ereignis bestimmt seinen Nachrichtenwert, sondern auch andere Kriterien, beispielsweise politische Einstellungen des „Gatekeepers“, nehmen einen gewissen Einfluß auf den Selektionsprozeß.

17 Vgl. Schmidt, J. Siegfried und Zurstiege, Guido, „Orientierung Kommunikationswissenschaft – Was sie kann, was sie will“, Hamburg, 2000, S. 126-130.

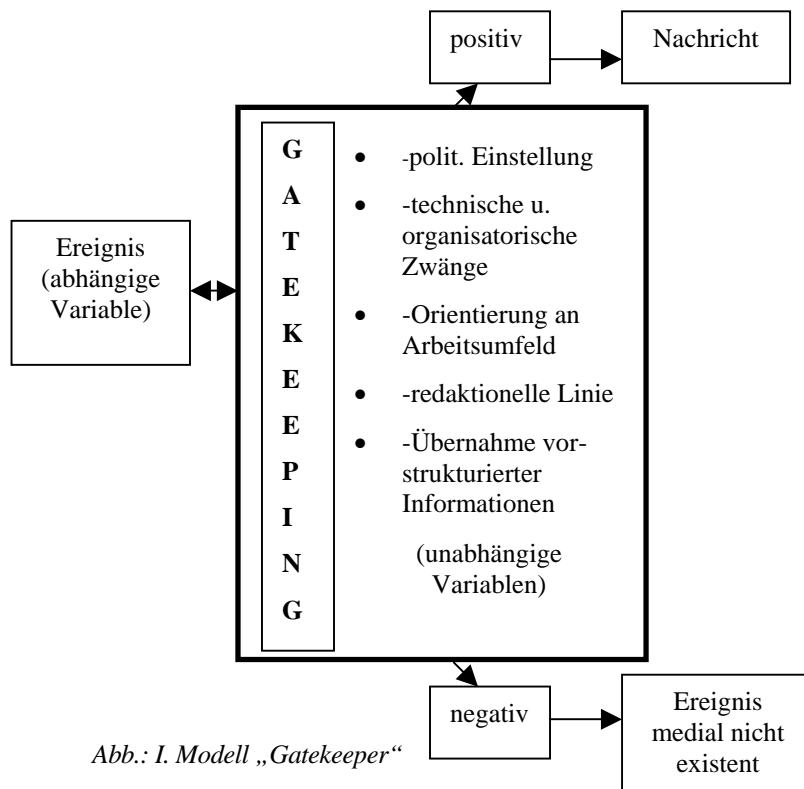


Abb.: I. Modell „Gatekeeper“

Als wesentliche Schwachpunkte der „Gatekeeper-Forschung“ konstatieren die Kommunikationswissenschaftler Michael Kunczik und Astrid Apfel:¹⁸

- Sie berücksichtige nicht die unterschiedlichen Gewichtungen (Umfang, Sendeminuten etc.) der letztlich zur Nachricht beförderten Informationen, sondern beschränke sich nur auf die positive oder negative Selektion, und sowie
- sie vernachlässige den Informationsinhalt als wesentliches Selektionskriterium.

Mit Blick auf die ‚Nachrichtenwürdigkeit‘ (politischer) Ereignisse kann die „Gatekeeper-Forschung“ in einem gewissen Maße plausible Erklärungsmuster liefern. Auch vermag sie das Phänomen der verschiedenen politischen konstruierten Realitäten mit der politisch-ideologischen Dimension im Journalismus zu erklären. Denn (politische) Einstellungen werden als ein

18 Vgl. Kunczik, Michael, Zipfel, Astrid, „Publizistik“, Köln, Weimar, Wien, 2001, S. 241-246.

Selektionskriterium seitens der „Gatekeeper-Forschung“ neben weiteren Kriterien erwähnt.

Jedoch beschränkt sich die Methode, um hier an die Kritik von Kunczik und Apfel anzuknüpfen, lediglich auf eine simple Input-Output-Analyse. Daß heißt, ein Ereignis von politischer Bedeutung wird zur Nachricht oder eben nicht, unter anderem je nach politischer Einstellung des Journalisten, der Redaktion, des Herausgebers oder des gesamten Medienunternehmens¹⁹.

Ungeeignet ist diese simple Variante der Input-Output-Analyse für weiter- bzw. tiefergehende Analysen:

So bleiben hierbei subtilere Methoden der ‚strukturellen‘ ‚Nachrichtenpolitik‘, wie die Gewichtung, (Platzierung, Umfang, Sendeminuten, Sendezeitpunkt etc.) der Nachricht, welche ebenso Aufschluß über die politische Werthaltung der ‚Gatekeeper‘ geben könnte, unbeachtet.

Aber auch die Auswahl der journalistischen Stilformen (Karikatur, Photographie, Kommentar etc.) als einer weiteren Variante der ‚strukturellen‘ ‚Nachrichtenpolitik‘, nämlich in welches Kostüm man eine Information am besten steckt, um damit eine politische Stoßrichtung möglichst effektiv hervorzurufen, spielt eine wesentliche Rolle. Für diesen wichtigen Aspekt verfügt die ‚Gatekeeper-Forschung‘ über keine Forschungsinstrumente.

Hinzu kommt, daß sie die inhaltliche Komponente weitgehend ignoriert. Die Untersuchung politisch-ideologisch motivierter inhaltlicher Veränderungen von Texten oder Aussagen bis hin zum Bruch dessen, was Walther von La Roche ‚äußere Objektivität‘ nannte, die jeder Journalist trotz eigenen (politischen) Weltbildes wahren müsse²⁰ vermag die ‚Gatekeeper-Forschung‘ mit der simplen ‚Input-Output‘ Methode nicht zu leisten.

Die Methode müßte beispielsweise um eine qualitative Inhaltsanalyse ergänzt werden. Denn eine reine Prüfung dessen, was als Information hereinkommt und als Nachricht rausgeht, kann nicht klären, ob inhaltliche Veränderungen vorgenommen werden, die mit dem im klassischen Sinne inhaltlichen oder technischen Redigieren nicht mehr zu erklären sind. Es reicht bereits das Formulieren der Überschrift, der Unterüberschrift oder die Verwendung des Indikativs anstelle des Konjunktivs, um eine Tendenz zu setzen.

Letztlich greift die Feststellung, Journalisten übernahmen oft die vorgeformten Informationen der Nachrichtenagenturen und redigierten sie eher technisch als inhaltlich, zu kurz. Denn in den Nachrichtenagenturen verläuft der Prozeß der Nachrichtenselektion weitgehend identisch mit dem der Medienredaktionen.

All diese Aspekte zeigen den Nutzen, aber auch die Grenzen der ‚Gatekeeper-Forschung‘ auf. Sie kann generell wohl nur ein Teil eines umfassenderen Forschungsdesigns zur Feststellung politisch-ideologisch determinierter Bericht-Erstattung sein.

19 Anmerkung: Unter dem Begriff ‚Medienunternehmen‘ soll ein Publikationsorgan, angefangen vom Journalisten, über die Redaktion bis hin zum Herausgeber, wie beispielsweise die TIMES oder die FAZ, aber auch öffentlich-rechtliche Medien, verstanden werden.

20 Vgl. La Roche von, Walther, ‚Einführung in den praktischen Journalismus‘, a.a.O., S. 125 f.f..

2.2. „Nachrichtentheorie“

Die Friedensforscher und Publizistikexperten Johan Galtung und Marie Holmboe Ruge versuchten 1965 mit ihrer wissenschaftlichen Studie „The Structure of Foreign News“ eine „Nachrichtentheorie“ zu entwerfen, die den Selektionsprozeß von Ereignissen erklären sollte. Sie identifizierten zwölf Kriterien, sogenannte „Nachrichtenfaktoren“, nach denen die Nachrichtenwertigkeit von Ereignissen bestimmt werde. Das heißt, ein Ereignis müsse über gewisse Merkmale verfügen, um die mediale Pforte durchschreiten zu können.

Die in der „Nachrichtentheorie“ von Galtung und Ruge identifizierten „Nachrichtenfaktoren“ müssen nicht zur gleichen Zeit und in gleichen Intensitäten Ereignissen innewohnen. Es wird sowohl auf unterschiedliche Intensitäten wie auch auf unterschiedliche Relevanz der einzelnen Kriterien verwiesen.²¹

Diese den Ereignissen innewohnenden Eigenschaften, die ein Ereignis zur Nachricht machen, werden im Folgenden zitierend vorgestellt:

1. *„Frequenz:* Je mehr der zeitliche Ablauf eines Ereignisses der Erscheinungsperiodik der Medien entspricht, desto wahrscheinlicher wird das Ereignis zur Nachricht.
2. *Schwellenfaktor* (absolute Intensität, Intensitätszunahme): Es gibt einen bestimmten Schwellenwert der Auffälligkeit der überschritten werden muß, damit ein Ereignis registriert wird.
3. *Eindeutigkeit:* Je eindeutiger und überschaubarer ein Ereignis, desto eher wird es zur Nachricht.
4. *Bedeutsamkeit* (kulturelle Nähe/Betroffenheit, Relevanz): Je größer die Tragweite eines Ereignisses, je mehr es persönliche Betroffenheit auslöst, desto eher wird es zur Nachricht.
5. *Konsonanz* (Erwartung, Wünschbarkeit): Je mehr ein Ereignis mit vorhandenen Vorstellungen und Erwartungen übereinstimmt, desto eher wird es zur Nachricht.
6. *Überraschung* (Unvorhersehbarkeit, Seltenheit): Überraschendes (...) hat die größte Chance, zur Nachricht zu werden, allerdings nur dann, wenn es im Rahmen der Erwartungen überraschend ist.
7. *Kontinuität:* Ein Ereignis, das bereits als Nachricht definiert ist, hat eine hohe Chance, von den Medien auch weiterhin beachtet zu werden.
8. *Variation:* Der Stellenwert für die Beachtung eines

21 Vgl. Kunczik, Michael, Zipfel, Astrid, „Publizistik“, a.a.O., S. 245-266.

- Ereignisses ist niedriger, wenn es zur Ausbalancierung und Variation des gesamten Nachrichtenbildes beiträgt.
9. *Bezug auf Elite-Nationen* Ereignisse, die Elite-Nationen betreffen (wirtschaftlich oder militärische mächtige Nationen), haben einen überproportional hohen Nachrichtenwert.
 10. *Bezug auf Elite-Personen:* Entsprechendes gilt für Elite-Personen, d.h. prominente und/oder mächtige, einflußreiche Personen.
 11. *Personalisierung:* Je stärker ein Ereignis personalisiert ist, sich im Handeln oder Schicksal von Personen darstellt, desto eher wird es zur Nachricht.
 12. *Negativismus:* Je >negativer< ein Ereignis, je mehr es auf Konflikt, Kontroverse, Aggression, Zerstörung oder Tod bezogen ist, desto stärker wird es von den Medien beachtet.²²

Die „Nachrichtentheorie“ wurde anhand einer Reihe empirischer Untersuchungen bestätigt und konzeptionell weiterentwickelt. So wurde beispielsweise das Forschungsdesign dahin gehend erweitert, daß nicht mehr nur untersucht wurde, mit welchen Intensitäten sich die „Nachrichtenfaktoren“ auf die Selektion von Ereignissen auswirkten, sondern darüber hinausgreifend auch, ob und mit welchen Intensitäten sie sich auf die Platzierung und den Umfang der Nachrichten auswirkten.²³

Aber auch das Spektrum der Nachrichtenwertkriterien selbst wurde erweitert und bisweilen modifiziert. So zum Beispiel mit Blick auf die massenmediale Kriegsberichterstattung:

Denn Krieg ist nicht gleich Krieg. Nicht jedem Krieg wird die gleiche Medienresonanz zuteil. Ob eine militärische Konfrontation als berichtenswert eingestuft werde, so der Kommunikationswissenschaftler Martin Löffelholz, hänge von vielen Faktoren ab, die bisweilen schon in der bereits vorgestellten „Nachrichtentheorie“ genannt wurden. Hinzu komme „die Möglichkeit von Anschlußkommunikation an berichtete Ereignisse im Inland (...)“. Auch sei ein entscheidender Gesichtspunkt, "ob eine Krise oder ein Krieg ausreichend Visualisierungsmöglichkeiten" biete.²⁴ Oder um es mit den Worten des

22 Zitiert nach: Schulz, Winfried, „Nachricht“, a.a.O., S. 307 f.f.

23 Vgl. Kunczik, Michael, Zipfel, Astrid, „Publizistik“, a.a.O., S. 245-266.

24 Löffelholz, Martin (Hrsg.), „Krisenkommunikation“, in: Löffelholz, Martin, „Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation“, Opladen, 1993, S. 19.

Medienwissenschaftlers Nik Gowing auszudrücken: „The main principle is: no pictures, then no serious coverage of a conflict“.²⁵

Der Politikwissenschaftler Martin Shaw erwähnt zwei Kriterien, die sich teils als Konkretisierung unter dem oben genannten „Nachrichtenfaktor“ der „Bedeutsamkeit“ subsumieren lassen, teils als strategisch determinierte Ergänzung zu verstehen sind. Man könnte sie im weitesten Sinne als ‚Grad der politischen Auswirkungen auf das Land des Rezipienten‘ definieren. Wobei die Trennschärfe zwischen dem ‚klassischen‘ „Nachrichtenfaktor“ der „Bedeutsamkeit“ und der soeben skizzierten Ergänzung nur schwach ist. Bei den beiden Nachrichtenfaktoren handelt es sich um:

- „*Strategic interests*“: Werden die strategischen Interessen des eigenen Landes durch diesen Konflikt tangiert?
- „*Histories of linkage*“²⁶: Bestehen historische Verbindungen des eigenen Landes mit dem Staat, der Gesellschaft oder der Volksgruppe, der bewaffnete Konflikt vor sich geht?

Umgekehrt haben Ereignisse, denen es an diesen ‚Karriere‘-Eigenschaften fehlt, wie beispielsweise entwicklungspolitische oder kulturelle Ereignisse, einen geringeren Nachrichtenwert und dementsprechend nur geringe Chancen, zur Nachricht befördert zu werden.²⁷

Ähnlich geringe Medienresonanz finden Verhandlungs-, Vermittlungs- und Friedensprozesse nach einem militärischen Konflikt, da ihnen das Moment des Spektakulären fehlt. "Es gibt zwar eine Kriegsberichterstattung, aber keine Friedensberichterstattung", resümiert der Friedensforscher Volker Matthies kritisch in einem Aufsatz über friedliche Konfliktbearbeitung.²⁸

In dem folgenden Modell (Abb. II.) der „Nachrichtentheorie“ zeigt sich ein ereignis-interner Prozeß, der die Nachrichtenwertigkeit determiniert.

25 Zitiert nach: Shaw, Martin, „Civil Society and Media in Global Crisis. Representing Distant Violence“, a.a.O., S. 178.

26 Vgl. Ebd., S. 156-178.

27 Vgl. Beham, Mira, „Kriegstrommeln - Medien Krieg und Politik“, München, 1996, S.129.

28 Vgl. Matthies, Volker, „'Erfolgsgeschichten' friedlicher Konfliktbearbeitung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16 - 17/98, 10. April 1998, S. 13.

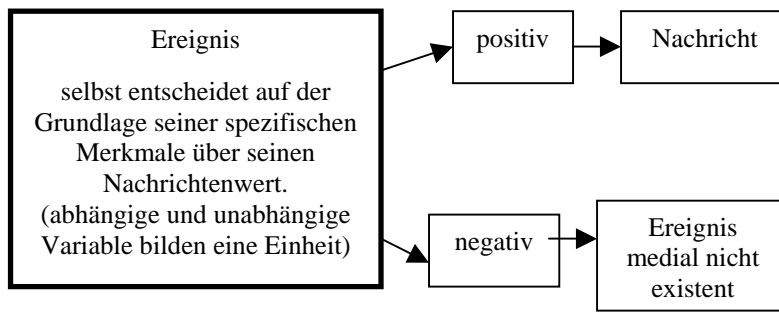


Abb. II.: Modell „Nachrichtentheorie“

Die „Nachrichtentheorie“ hat unbestritten ihren festen Platz in der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Sie bietet ein weites Set von Erklärungen an, warum ein (politisches) Ereignis mediatisiert wird oder auch nicht. Auch wurde sie im Laufe der letzten Jahrzehnte methodisch ausgebaut und verfeinert. Als besonders vorteilhaft erscheint dabei die konzeptionelle Weiterentwicklung, die auch Erklärungsmuster hinsichtlich der unterschiedlichen Gewichtung von Nachrichten anbieten.

Bedauerlicherweise jedoch beschränkt sich die „Nachrichtentheorie“ bei der Analyse von Selektionskriterien im wesentlichen auf die inhaltliche Komponente. Weitgehend unbeachtet bleiben auf diese Weise externe Bedingungen wie ökonomische oder technische Zwänge, die sich auf die Nachrichtenselektion auswirken (können).

Einschränkend kommt hinzu, daß aus der inhaltlichen Komponente der Charakter quasi objektiver Gesetzmäßigkeiten („Nachrichtenfaktoren“) für die Selektion abgeleitet wird. Ausnahme bilden hierbei lediglich die von Shaw ergänzten „Strategischen Interessen“ und „Historischen Bindungen“, deren Relevanz das Medienunternehmen aktiv einem Ereignis beimißt.

Generell jedoch spielen die politisch-ideologischen Dimensionen, also der Faktor Mensch, bei der journalistischen Perzeption von Ereignissen sowie deren potentieller Publikation als Nachrichten für die „Nachrichtentheorie“ keine Rolle. Sodann existiert das Phänomen der strukturellen Nachrichtenpolitik für diese Theorie nicht.

Der Journalist wird auf diese Weise lediglich zum passiven – gleichsam mechanistischen – Mittler jener Ereignisse, denen die entsprechenden positiven Nachrichtenfaktoren innewohnen, die er nur noch schablonenhaft abzufragen braucht. Logische Konsequenz dessen wäre jedoch, daß alle medial konstruierten Realitäten hinsichtlich eines internationalen Ereignisses –zumindest auf nationaler Ebene – relativ homogen sein müßten, was sie faktisch jedoch nicht sind.

Die „Nachrichtentheorie“ ist aufgrund dessen nicht in der Lage, das Phänomen multipler medial konstruierter Realitäten im wesentlichen zu erklären. Und genau hier offenbart sich die substantielle Schwäche der Theorie.

Und diese wird von dem Publizistikwissenschaftler Jürgen Wilke präzise aufgegriffen, wenn er moniert:

Eine Erklärung der "Politikvermittlung" durch Medien, die die journalistische Selektion von Ereignissen bloß auf die "Nachrichtenfaktoren" reduziere, folge weitgehend einem "apolitischen Modell". Denn dadurch würden die Selektionsprozesse, basierend auf den Nachrichtenwertekriterien, nur noch als „Reflexe“ und kausale Ableitungen derselben verstanden.

Weitgehend unberücksichtigt bleibe dabei die "Intentionalität journalistischen Handelns", nämlich die bewußte politisch motivierte Auswahl von Nachrichten. Dementsprechend müsse bei der Politikvermittlung der Medien auch jeweils nach deren Zielen, also politischem Interesse, gefragt werden. Wilke geht sogar noch einen qualitativen Schritt weiter, indem er bei der Klärung des Kausalverhältnisses die unabhängigen Variablen austauscht: An die Stelle der quasi objektiven „Nachrichtenfaktoren“ (unabhängige Variablen) treten die politisch-ideologischen Vorstellungen (unabhängige Variablen), also der subjektive Faktor Mensch, als Determinanten für die Selektionsprozesse von Ereignissen (abhängige Variablen).

Die Nachrichtenwertekriterien erschienen somit nicht mehr als Voraussetzung, sondern seien vielmehr die Folge und Legitimationsgründe für Publikationsentscheidungen, so Wilke.²⁹

Ähnlich äußert sich auch der Medienwissenschaftler Hans Mathias Kepplinger. Er sieht die Möglichkeit der Instrumentalisierung von „Nachrichtenfaktoren“ als äußerem Legitimationsrahmen für tatsächlich politisch-ideologisch determinierte Auswahlprozesse.³⁰

Die grundlegende Kritik an dem „apolitischen“ Charakter der „Nachrichtentheorie“ schlägt sich in anderen theoretischen Ausarbeitungen nieder wie der Theorie der „Instrumentellen Aktualisierung“ Kepplingers und der „News-Bias Forschung“.

2.3. „Instrumentelle Aktualisierung“

Unter „Instrumenteller Aktualisierung“ versteht Kepplinger das politisch intendierte Lancieren oder Herunterspielen von Ereignissen.

Politischen Prozessen und Inhalten, die die ideologischen Sichtweisen („neuer“ „Nachrichtenfaktor“) eines Medienunternehmens stützen, wird ein höherer Nachrichtenwert beigemessen als Ereignissen, die von der eigenen Sichtweise abweichen.

29 Vgl. Wilke, Jürgen, „Politikvermittlung durch Printmedien“, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“, Bonn, 1998, S. 152 f..

30 Vgl. Schulz, Winfried, „Nachricht“, a.a.O., S. 307-337.

Die zugrundeliegende Annahme ist, daß es einfacher sei, Einfluß auf den Kenntnisstand der Leser hinsichtlich eines Ereignisses auszuüben als bestehende Meinungen über ein Ereignis selbst zu beeinflussen. Auf diese Weise können mit gezielten Häufigkeiten der Bericht-Erstattung eines positiven oder negativen Ereignisses damit verbundene politische Akteure oder auch politische Systeme in ihrer Legitimität geschwächt oder gestärkt werden.

Kepplinger stützt seine These auf aufwendige quantitativ-inhaltsanalytische Untersuchungen. Ergänzt wurde die quantitative inhaltsanalytische Methode durch Interviews mit Journalisten und Rundfunkkräften, was die inhaltsanalytischen Ergebnisse untermauerte. Demnach finden gut 50% der befragten Journalisten und 37% der Rundfunkkräfte verschiedener Medien-gattungen (Presse, Hörfunk und Fernsehen) es „akzeptabel“, bewußt die Technik der von Kepplinger bezeichneten „Instrumentellen Aktualisierung“ zu verwenden.³¹

Darüber hinaus konnte Kepplinger im Rahmen seiner Untersuchungen anhand von vier deutschen überregionalen Qualitätszeitungen nachweisen, daß der Anspruch der „äußeren Objektivität“³², also auch die geforderte Trennung von Nachricht und Wertung, rundweg nicht erfüllt wurde.

Dies zeigt sich nicht zuletzt auch an der von Kepplinger identifizierten „Taktik“ der „Umbewertung“ von Ereignissen, um so einen negativen Sachverhalt in seinen für das Medienunternehmen unerwünschten Auswirkungen zu entschärfen.

Beide „Taktiken“, die „Umbewertung“ und die „Instrumentelle Aktualisierung“, bilden gemeinsam die Grundlage der Theorie. Allerdings mit Schwerpunkt auf der „Instrumentellen Aktualisierung“, was sich nicht zuletzt an der Bezeichnung der Theorie manifestiert.³³

Im Grunde genommen ist die „Instrumentelle Aktualisierung“³⁴ eine Fortführung der „Nachrichtentheorie“, unter Verwendung einer gegenteiligen Prämisse:

Die klassischen ereignis-internen „Nachrichtenfaktoren“ (unabhängige Variable) der „Nachrichtentheorie“ werden durch den (politischen) Menschen – d.h. durch sein jeweiliges politisch-ideologisches Weltbild – als ‚neuen‘ externen „Nachrichtenfaktor“ (unabhängige Variable“) der Theorie der „Instrumentellen Aktualisierung“ ersetzt: Denn es sei nicht das Ereignis, welches sich selbst eine Relevanz zuerkennt, sondern der Mensch, der den Ereignissen aktiv eine Bedeutung zuschreibe.

Auf dieser Grundlage entscheide er sich dann für oder gegen die Publikation eines Ereignisses. Diese Entscheidungen sind nach Kepplinger wie auch Wilke in erheblichem Maße politisch-ideologisch determiniert.

31 Vgl. Kepplinger, Hans Mathias, „Instrumentelle Aktualisierung – Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte“, in: Kaase Max und Schulz, Winfried (Hrsg.), „Massenkommunikation – Theorien, Methoden, Befunde“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30, Köln, 1989, S. 199-217.

32 Vgl. La Roche von, Walther, „Einführung in den praktischen Journalismus“, a.a.O., S. 125 f.f..

33 Vgl. Kepplinger, Hans Mathias, „Instrumentelle Aktualisierung – Grundlage einer Theorie publizistischer Konflikte“, a.a.O., S. 199-217.

34 Vgl. Ebd. S. 199-217.

Die klassischen ‚objektiven‘ ‚Nachrichtenfaktoren‘ der ‚Nachrichtentheorie‘ werden indessen nicht bloß durch die subjektiv menschlichen ‚Nachrichtenfaktoren‘ ersetzt. Vielmehr sehen Kepplinger und Wilke in den klassischen ‚Nachrichtenfaktoren‘ eine Täuschungsfunktion: Sie sollen eine Art objektive Berichterstattung vortäuschen, in dem eine Orientierung an ihnen behauptet wird. Realiter werden sie somit zu einer Art Legitimationsrahmen.

Das Modell (Abb. III.) der ‚Instrumentellen Aktualisierung‘ verweist ähnlich wie die ‚Gatekeeper-Forschung‘ auf einen wechselseitigen Verlaufsprozeß zwischen dem Ereignis und dem Faktor Mensch. Hier ist es indes nicht das Ereignis, welches ‚Nachrichtenfaktoren‘ impliziert, sondern die politische Wertorientierung des Medienunternehmens, das den entscheidenden ‚Nachrichtenfaktor‘ darstellt.

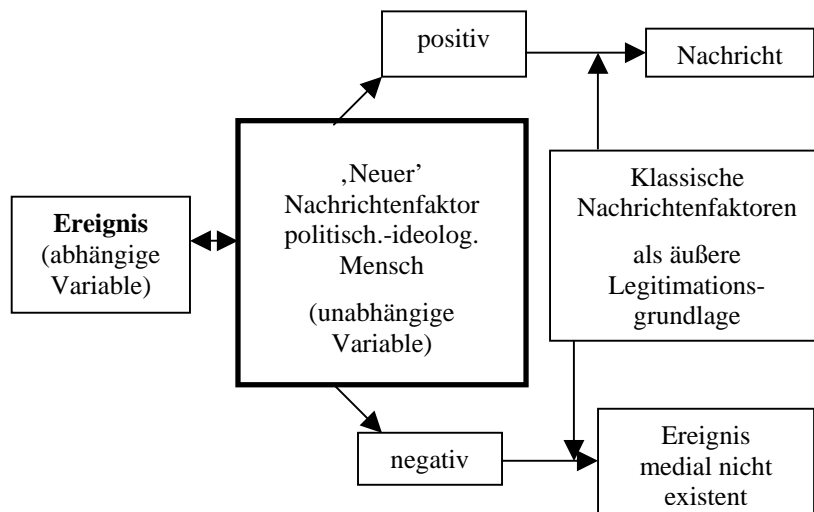


Abb. III.: Modell „Instrumentelle Aktualisierung“

Die Theorie der ‚Instrumentellen Aktualisierung‘ reduziert Medienunternehmen, im Gegensatz zur ‚Nachrichtentheorie‘, nicht zum bloßen passiven Mittler von Ereignissen, sondern es betrachtet sie im Gegenteil als aktive Selektionsinstanzen auf der Grundlage politisch-ideologischer Neigungen.

Damit bietet diese Theorie nicht nur eine überzeugende Erklärung der Nachrichtenselektion an. Sie verweist darüber hinaus – auf methodisch recht souveräne Art und Weise – auch auf den Hintergrund verschiedener medial konstruierter politischer Realitäten:

Politische Ereignisse, die weniger im Sinne des jeweiligen Medienunternehmens sind, werden dementsprechend dem Leser vorenthalten oder zumindest wird die

Berichtsintensität erheblich reduziert gegenüber politischen Ereignissen, die dem Weltbild des Medienunternehmens näher sind.

Auch könnte diese Theorie (wenn nicht bereits geschehen) mit geringfügigen Schärfungen ihrer methodischen Instrumente das Phänomen der strukturellen Nachrichtenpolitik von Berichten erklären, nämlich als eine spezifische Art der Fortsetzung der Nachrichtenselektion als Informations-Hierarchisierung unter Verwendung struktureller Techniken wie der:

- unterschiedlichen Gewichtung (Umfang, Platzierung, Sendezeit, Sendezeitpunkt etc.) sowie der
- Verwendung unterschiedlicher journalistischer Stilformen (Karikaturen, Faktenberichte, Kommentare etc.).

Letzteres beispielsweise dergestalt, daß ein und dasselbe Ereignis eine unterschiedliche Menge an Bildern in verschiedenen Printmedien erzeugt. Ebenso könnte eine so weiterentwickelte „Instrumentelle Aktualisierung“ Aufschluß darüber leisten, warum ein Medienunternehmen im Hinblick auf ein politisches Ereignis diese und nicht jene journalistische Stilform präferiert.

Weniger hilfreich ist die „Instrumentelle Aktualisierung“ bei der Frage der inhaltlichen Modifikationen wie dem Auslassen oder Kürzen von Informationselementen einerseits oder der Beigabe eigener Informationselemente andererseits, von Texten oder Aussagen mit dem Ziel einer gezielten inhaltlichen Täuschung der Leser. Diesbezüglich waren keine Hinweise der Theorie oder methodische Überlegungen festzustellen.

Zwar verweist sie auf einen hohen Grad von Wertungen in Nachrichten und Berichten sowie die Taktik der „Umbewertung“ von Sachverhalten. Jedoch steht sie sich bei dem nächsten logischen und äußersten Schritt, nämlich der bewußten Verbreitung von Unwahrheiten (entgegen dem Anspruch der „äußeren Objektivität“) aufgrund ihrer Prämisse selbst im Wege: Es sei einfacher, Einfluß auf den Kenntnisstand der Leser hinsichtlich eines Ereignisses auszuüben als bestehende Meinungen über ein Ereignis selbst zu beeinflussen.

Damit verhindert sie zugleich weitere theoretische Annahmen und die Entwicklung entsprechender Methoden.

Auch sind keine Hinweise auf externe Faktoren wie die staatliche Zensur oder ökonomische, logistische oder technische Grenzen als Nachrichtenselektoren benannt. Demnach ist es lediglich der politisch-ideologische Faktor des Medienunternehmens, der als „Nachrichtenfaktor“ dient.

2.4. „News-Bias-Forschung“

Die News-Bias-Forschung ist aufgrund ihrer vielfältigen Studien eine schwer zu greifende Forschungsrichtung. Sie verfügt nicht über *die eine* Theorie, sondern zeichnet sich eher vage durch unterschiedliche Studien und entsprechende Methoden aus. So subsumieren Kunczik und Apfel auch die „Instrumentelle Aktualisierung“ unter die „News-Bias-Forschung“.³⁵

Den Studien ist die Annahme gemeinsam, die Mediatisierung politischer Ereignisse würden auf der Grundlage politischer Einstellungen sowie vor den persönlichen und professionellen Hintergründen ihrer Verfasser ausgewählt und beeinflusst. Dabei konzentrieren sie sich methodisch sowohl auf den politischen Menschen im Medienunternehmen als auch auf die publizierten Medieninhalte als Forschungsgegenstand:

- Unter Zuhilfenahme von Diskussionen und Interviews wird versucht, das jeweilige berufliche Selbstverständnis von Journalisten, Herausgeber etc. ebenso festzustellen wie Aussagen über journalistische Arbeitsweisen zu treffen.
- Die Medieninhalte können mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Techniken der Inhaltsanalyse geprüft werden. Dazu zählen die – zumeist quantitativen – inhaltsanalytischen Techniken, die die strukturelle Nachrichtenpolitik erfassen und quantifizieren, um auf diese Weise Tendenzen in der Berichterstattung zu identifizieren.
- Desgleichen kann die inhaltliche Nachrichtenpolitik der jeweiligen journalistischen Stilformen unter Zuhilfenahme von aussagenbasierten Inhaltsanalysen zum Untersuchungsgegenstand bestimmt werden. Dabzu dienen sowohl quantitative als auch qualitative Verfahren.³⁶

Das Modell (Abb. IV.) der „News-Bias-Forschung“ verweist mit hoher Übereinstimmung mit der „Instrumentellen Aktualisierung“ auf einen wechselseitigen Verlaufsprozeß zwischen Ereignis und dem Faktor Mensch. Auch hier ist die zentrale Selektionsinstanz nicht das Ereignis selbst, sondern die politische Wertorientierung des Medienunternehmens, das den entscheidenden „Nachrichtenfaktor“ darstellt und entsprechend das Ereignis auch medial manipuliert.

35 Vgl. Kunczik, Michael, Zipfel, Astrid, „Publizistik“, a.a.O., S. 266 – 271.

36 Vgl. Schmidt, J. Siegfried und Zurstiege, Guido, „Orientierung Kommunikationswissenschaft – Was sie kann, was sie will“, a.a.O., S. 130-133; Kunczik, Michael, Zipfel, Astrid, „Publizistik“, a.a.O., S. 266-271.

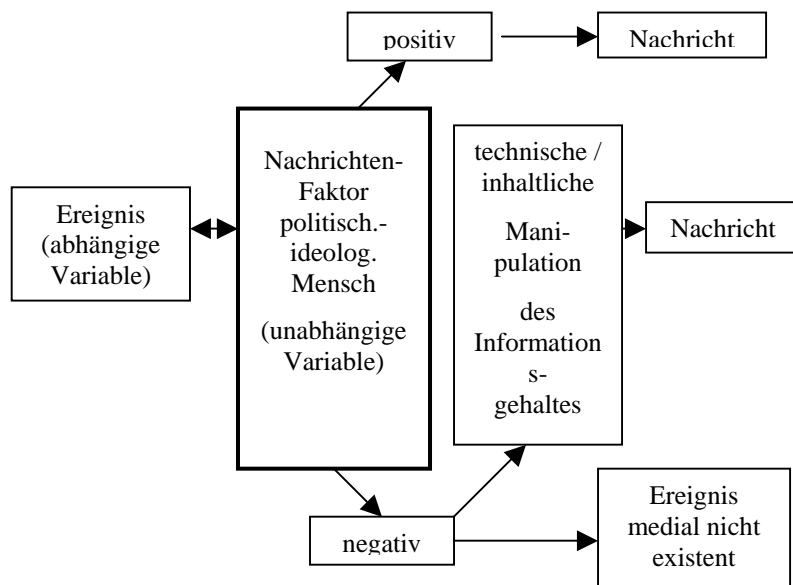


Abb. IV.: Modell „News-Bias-Forschung“

Es wird deutlich, daß die „News-Bias-Forschung“ eine noch recht offene Forschungsrichtung darstellt. Dies manifestiert sich sowohl in den vielen verschiedenen Studien als auch im methodischen Facettenreichtum.

Dessen Vorteil offenbart sich darin, daß die „News-Bias-Forschung“ Anregungen für die Untersuchungen und entsprechenden methodischen Vorgehensweisen anbietet. Sie ist aber auch aufgeschlossen für weitere Studien und andere Methoden, die die Situation vom politischen Menschen im Medienunternehmen – sei es der Journalist, sei es die Redaktionslinie oder der Herausgeber – und seinen Einfluß auf die Selektion von Ereignissen und die Manipulation von Nachrichten untersuchen.

Keinerlei Beachtung finden externe Bedingungen als Determinanten (ökonomische, politische, technische Zwänge etc.) der Nachrichtenselektion.

Auch scheint sie keine Überschneidungen mit der „Nachrichtentheorie“ aufzuweisen, da sie den (politisch geprägten) Menschen als Akteur und nicht dem Geschehen inhärente „objektive“ Merkmale als Kriterium der Selektion von Ereignissen identifiziert und zum Forschungsgegenstand erhebt. Die Defizite jedoch diskreditieren die „News-Bias-Forschung“ keineswegs. Insbesondere mit Blick auf meine Arbeit weist sie geeignete Elemente auf: Erstens fundiert sie meine Annahme und meine Erfahrungen, daß politische Medienberichterstattung prinzipiell politisch-ideologisch determiniert ist.

Zweitens bietet sie mir methodische Anregungen sowie die Offenheit, ein eigenes Forschungsdesign zusammenzustellen. Hilfreich bei der Erstellung eines eigenen

Forschungsdesign scheinen mir die Thesen des britischen Medienwissenschaftlers Philip Knightley zu sein, mit denen er die westliche Kriegsberichterstattung in ihren Grundmustern erklärt.

2.5. Knightleys' „Ewige Kategorien“ – ein theoretischer Ansatz?

Der Publizist und Journalist Phillip Knightley formulierte jüngst in seinem Beitrag auf einer Konferenz des griechischen Journalistenverbandes im Jahre 2000 einige Thesen als Erklärungsmuster, die er als „ewige Kategorien“ der Kriegsberichterstattung bezeichnet:

1. „Obwohl die eine Seite selten völlig Recht hat, werden die Medien den Krieg in eindeutigen Kategorien von ‚gut‘ und ‚böse‘ darzustellen versuchen.
2. Die ‚böse Seite‘ wird dämonisiert, ihre Führer als verrückt, blutdürstig und, in der Regel, als moderne Hitler dargestellt.
3. Die ‚gute Seite‘ wird als Retter der Zivilisation, als humanitär motiviert, besorgt und mitleidend dargestellt. Sie sei gezwungen, so zu handeln – wegen der Barbarei der anderen Seite.
4. Deswegen, obwohl beide Seiten Greuel taten begehen, werden vor allem Berichte über die Verbrechen der ‚bösen Seite‘ gebracht.“³⁷

Diese, von Knightley identifizierten „ewigen Kategorien“ der Kriegsberichterstattung präziserte und ergänzte er in einem Aufsatz in der britischen Tageszeitung „The Guardian“ vom 4. Oktober 2001.

Darin stellt er eine mediale Eskalationsstrategie fest, um die öffentliche Meinung auf Kurs zu halten:

„The way wars are reported in the western media follows a depressingly predictable pattern: stage one, the crisis; stage two, the demonisation of the enemy's leader; stage three, the demonisation of the enemy as individuals; and stage four, atrocities.“³⁸

Und jene Kräfte im Inneren, die sich kritisch über die Kriegsrhetorik der eigenen politischen Elite äußerten, so Knightley, würden durch die Medien als „'friends of terrorist, ranters, nutty, hypocrites, animals, barbarians, mad, traitors, unhinged, appeasers and apologists'“ etikettiert.³⁹

Knightley begründet diese Art der oft vorbehaltlosen Unterstützung der eigenen politischen Seite durch Journalisten mit ihrem Patriotismus, ihrem persönlichen

37 Zitiert nach: Reljic, Dusan, „Der Kosovo-Krieg und die deutschen Medien“, a.a.O., S. 64-74.

38 Zitat: Knightley, Philip, „The disinformation campaign“, in: „The Guardian“, 4. Oktober, 2001.

39 Vgl. Ebd..

Überzeugungen oder sonstigen Ambitionen. Auch sei die Interessenlage der Herausgeber der Medienunternehmen politischer und wirtschaftlicher Art.

Der Ansatz Knightleys verdeutlicht, daß er den Grundgedanken der „News-Bias-Forschung“ und der „Instrumentellen Aktualisierung“, nämlich die aktive Rolle der politisch-ideologisch determinierten Massenmedien bei der Selektion und der gezielten ‚strukturellen‘ „Nachrichtenpolitik“ von Ereignissen bzw. Nachrichten, aufnimmt und sie mit Blick auf die ‚inhaltliche‘ „Nachrichtenpolitik“ weiterführt: Zunächst demonstriert er die aktive Rolle der Massenmedien auf der Grundlage empirischer Untersuchungen an der besonderen massen-medialen Herausforderung der Kriegsberichterstattung. Allerdings konzentriert sich Knightley nicht auf die strukturelle Inhaltsanalyse, also der Methodik zur Untersuchung der spezifischen ‚strukturellen‘ „Nachrichtenpolitik“. Im Mittelpunkt seiner Vorgehensweise steht vielmehr die Variante der aussagenbasierten Inhaltsanalyse, d.h. des Erfassens ‚inhaltlicher‘ „Nachrichtenpolitik“. Ob diese nun eher quantitativ oder qualitativ ausgerichtet ist, läßt sich anhand der vorliegenden Literatur nicht klären.

Mit Hilfe seiner inhaltsanalytischen Untersuchungen deckt Knightley semantische Regelmäßigkeiten, also Argumentationsmuster oder „ewige Kategorien“, wie er es nennt, auf. Diese von ihm konstatierten semantischen Muster der westlichen Kriegsberichterstattung weisen – im Gegensatz zu den noch vergleichsweise defensiven Annahmen der technischen und inhaltlichen Manipulation seitens der „News-Bias-Forschung“ – den Massenmedien die Rolle der willfährigen publizistischen Exekutivorgane der politischen Elite zu.

Kurzum, die von ihm konstatierten Aussage- und Argumentations-Muster implizieren einen stark militaristischen Charakter westlicher Massenmedien mit Sprachrohr Funktion. Auf diese Weise fällt er ein vernichtendes Urteil über die Rolle der Medien im Krieg und das Verhältnis zu den politischen und militärischen Entscheidungsträgern.

Die Überlegungen Knightleys bezeichne ich als „Mediale Eskalations-Strategie“. Der Begriff impliziert bereits, daß das Mediensystem als ein eigenständiger politischer Machtfaktor zu verstehen ist, das in einem wie auch immer geformten engen Zusammenhang mit den politischen Entscheidungs-Ebenen steht. Die „Mediale Eskalations-Strategie“ wurde ebenfalls als Modell (Abb. V.) konstruiert, um auf diese Weise die komplexen Zusammenhänge besser verdeutlichen zu können.

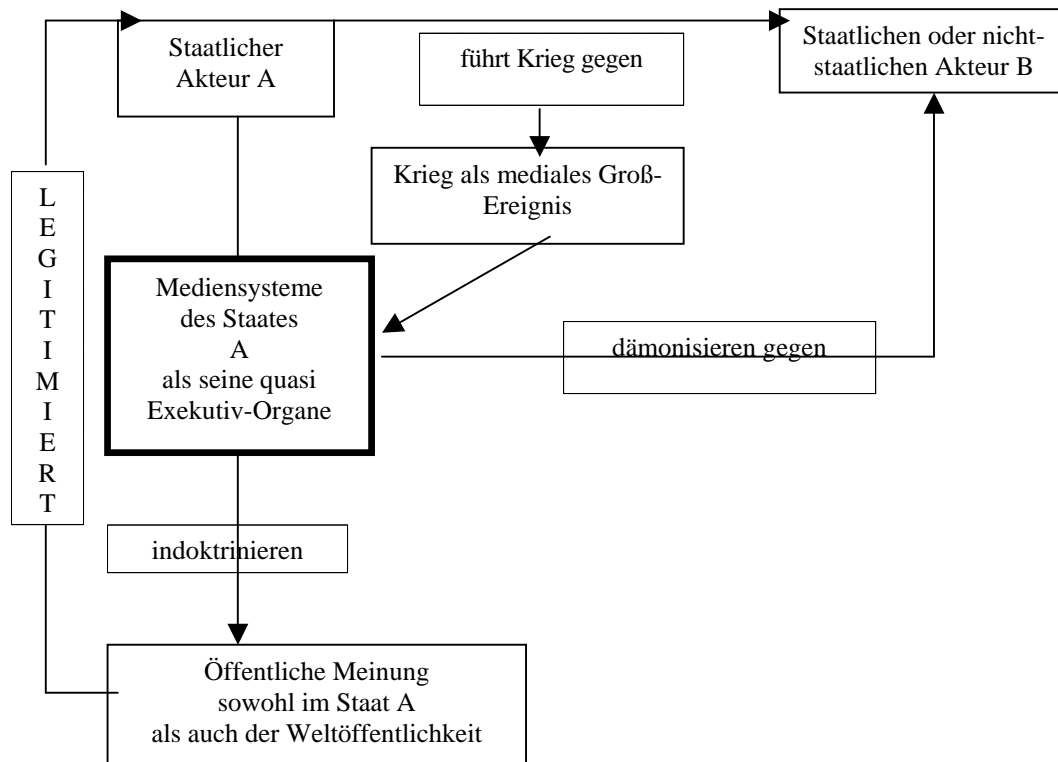


Abb. V.: Modell: „Mediale Eskalations-Strategie“

Es wird deutlich, daß dieses Modell erheblich von den vorangegangenen Modellen abweicht: Den Medienunternehmen wird nicht mehr nur die Selektion von Ereignissen und das Erstellen von wie auch immer gearteten Berichten unterstellt. Vielmehr nehmen sie in dem Modell eine Schlüsselstellung für eine (erfolgreiche) Kriegführung selbst ein:

Sie dienen mehr oder minder freiwillig den politischen und militärischen Entscheidungsträgern als Legitimationsbeschaffer sowohl hinsichtlich der internen öffentlichen Meinung als auch der öffentlichen Meinungen der Weltgemeinschaft.

In Anlehnung an Clausewitz könnte man auch sagen, die Medienberichterstattung ist aus dieser Perspektive die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Es ist eine Art medialer Krieg um die Seele der Öffentlichkeit.

Ob nun die Erklärungsmuster Knightleys bereits das Stadium einer Theorie der Kriegsberichterstattung erreicht haben oder nicht, ist letztlich eine Frage der wissenschaftstheoretischen Position. Zumindest jedoch dürfte unstrittig sein, daß

seine Überlegungen auf empirisch festem Grund stehen⁴⁰ und seine Erklärungsmuster die Grundlagen für eine solche noch ausdifferenzierende Theorie bieten. Daher erscheint mir die Wortwahl ‚theoretischer Ansatz‘ durchaus legitim.

2.6. Bewertung: Forschungsleitende theoretische Elemente und methodische Überlegungen

Die Darstellung der verschiedenen Theorien und theoretischen Ansätze zur massenmedialen Berichterstattung über internationale Politik verweist auf ein großes und noch unbestelltes Forschungsfeld. Nicht nur weitere empirische Untersuchungen, sondern auch interdisziplinär determinierte theoretische Erklärungen über das bisher Geleistete hinaus sind angesichts der Rolle, die westliche Medien bei der Berichterstattung über Kriege und in Kriegen spielen, dringend geboten. Die Dringlichkeit manifestiert sich auf zwei Ebenen:

1. Die nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation zu konstatierende sprunghafte Zunahme an Distanz-Kriegen, in denen westliche Staaten unmittelbar, westliche Gesellschaften jedoch nur mittelbar, d.h. medial, involviert sind.
2. Die rasche technologische Weiterentwicklung der massenmedialen Kommunikationsmittel. Schlagwörter, die diese Entwicklung symbolisieren, sind beispielsweise „CNN-Live“-Reportagen vom Brennpunkt „Information Warfare“ und „Cyber-War“.

Die eine gesuchte forschungsleitende Theorie als Wegweiser und Methoden-Repertoire zur Beantwortung der von mir formulierten wissenschaftlichen Fragestellungen konnte nicht identifiziert werden, was sich durch die noch geringe sozialwissenschaftliche Resonanz erklären läßt.

Nützlich sind jedoch einige Elemente der „News-Bias-Forschung“, einschließlich der „Instrumentellen Aktualisierung“ sowie das Erklärungsmodell Knightleys: Grundsätzlich erfüllen diese theoretischen Konzeptionen die zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellung erforderliche Grundprämisse: Medien sind aktive, politisch-ideologisch determinierte Mittler (internationaler) politischer Ereignisse und somit selbst politische Machtfaktoren.

Die „News-Bias-Forschung“ bietet einige Erhebungsinstrumente, um Formen der ‚strukturellen‘ und ‚inhaltlichen‘ „Nachrichtenpolitik“ nachzuweisen.

Auf beide methodischen Ansätze, die strukturelle und die aussagenbasierte Inhaltsanalyse, wird für diese Studie zurückgegriffen werden.

Mit Hilfe der strukturellen Inhaltsanalyse werden alle verwendeten journalistischen Stilformen und ihre Gewichtungen zueinander ermittelt. Und die aussagenbasierte Inhaltsanalyse dient der Untersuchung der visuellen Beitrags-

40 Knightley verfügt über langjährige wissenschaftliche Erfahrungen bezüglich des Themas der Kriegsberichterstattung. Siehe dazu beispielsweise das von ihm verfaßte Standardwerk: Knightley, Phillip, „The first casualty“, A Harvest Book, USA, 1976.

formen (Bilder und Karikaturen). Diese methodischen Ansätze werden im Kapitel der „Quantitativen Inhaltsanalyse“ weitergehend erläutert und schließlich materialisiert werden.

Darüber hinaus werden die Aussagen der schriftlich kommentierenden Beiträge einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Hierbei geht es im wesentlichen darum, die ‚inhaltliche‘ „Nachrichtenpolitik“, d.h. die semantischen Argumentationsfiguren und -muster, die Aufschluß über die ideologische Richtung des jeweiligen Blattes mit Blick auf den Konflikt in Südosteuropa liefern, zu konstatieren. Das genaue Verfahren wird in dem entsprechenden Kapitel nochmals dargelegt werden. Das Erklärungsmodell Knightleys ist hierbei insofern hilfreich, als es konkrete Thesen formuliert, die sich als Interpretationsraster einer empirischen Überprüfung anbieten. Allerdings kann dieser Ansatz nur einer von mehreren sein, da sonst durch das bloße deduktive Abprüfen des Knightley’schen Interpretationsrasters der Weg für darüber hinausgehende Informationsgewinnung und Erkenntnisse gewissermaßen methodisch vorab verbaut wäre.

Wichtiger ist es, offen, d.h. induktiv, an die qualitative Inhaltsanalyse der schriftlich kommentierenden Beiträge heranzugehen, um potentiell darüber hinausgehende semantische Muster zu bergen.

3. Medien und Politik – Bestandsaufnahme und Evaluation

Die folgenden Abschnitte des dritten theoretischen Kapitels zielen darauf ab, einen kurzen Überblick über den Forschungsstand und die verschiedenen theoretischen Ansätze zum Verhältnis von Medien und Politik zu skizzieren. Zunächst wird ein kurzer Einblick in die Genese dieses Verhältnisses – einschließlich der Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen über das journalistische Selbstverständnis –, geboten.

Der zweite Abschnitt umreißt die theoretischen Erklärungsansätze zum zeitgenössischen Verhältnis von Medien und Politik.

Im dritten Abschnitt wird versucht, die theoretischen Überlegungen des zweiten Abschnitts auf die Ebene der internationalen Berichterstattung zu übertragen.

3.1. Historisches Verhältnis zwischen Medien und Politik

Das spezifische Verhältnis zwischen Medien und Politik ist Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen. Insbesondere wird dabei die Rolle und das Selbstverständnis der Medien im Spannungsbogen zwischen

„Verlautbarungsjournalismus“ im Dienste der Politik einerseits und vierten – im nicht-staatsrechtliche Sinne – Gewalt andererseits kritisch hinterfragt.⁴¹

Ein Blick in die Genese zeigt, daß der politische Journalismus tatsächlich zunächst ein „integraler Bestandteil politischer Interessenvermittlung“ darstellte. Erst im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts emanzipierte sich zunächst in Großbritannien und später auch in den übrigen westlichen Gesellschaften der politische Journalismus schrittweise und entzog sich somit mehr oder minder der äußeren politischen Einflußnahme. Damit verlor die Politik jedoch nicht nur ein ihr ausschließlich zur Verfügung stehendes effektives Instrumentarium zur Steuerung der öffentlichen Meinung. Vielmehr sahen sich die politischen Machträger zunehmender weise mit einer von den unabhängigen Medien veröffentlichten Meinung konfrontiert und kontrolliert. Dieser Emanzipationsprozeß von und Identitätsfindungsprozeß gegenüber der Politik sowie die damit einhergehende Entwicklung der öffentlichen Kontrolle des politischen Geschehens durch die Medien führte zu einem neuen Selbstverständnis: Der vielzitierten „Vierten Gewalt“.

Jedoch haben die Medien trotz dieser emanzipatorischen Entwicklung bis heute das Stigma als "Verlautbarungsorgan" der politisch Mächtigen nicht gänzlich verloren.⁴²

Medienwissenschaftler weisen aber auch daraufhin, daß sowohl in der Presselandschaft Großbritanniens als auch in der Bundesrepublik Deutschland zwischen dem Selbstverständnis der Journalisten einerseits und dem von den Journalisten wahrgenommenen Selbstverständnis der Medien, für die sie tätig seien, andererseits zu unterscheiden sei:

Während die meisten Journalisten sich in ihrem Selbstverständnis nicht als „Verlautbarungsorgan“ der Politik verstünden, perzipierten sie ihr jeweiliges Medienunternehmen für das sie tätig seien, indes als eher politisch konservativ bzw. den politisch konservativen Kräften nahestehend.⁴³

41 Vgl. Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“, a.a.O. / Zach, Manfred, „Die manipulierte Öffentlichkeit“, Sendorf, 1995 / Flach, Hermann, „Macht und Elend der Presse, Sonderausgabe Mainz, 1990.

42 Vgl. Altmeppen, Klaus-Dieter; Löffelholz, Martin, „Zwischen Verlautbarungsorgan und 'vierter Gewalt',“ in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“, Bonn, a.a.O., S. 97 f.f.

43 Vgl. Gellner, Winand, „Medien im Wandel“, in: Kastendiek, Hans; Rohe, Karl u.a. (Hrsg.), „Länderbericht Großbritannien“, Bonn, 1994, S. 456-470 / Altmeppen, Klaus-Dieter; Löffelholz, Martin, „Zwischen Verlautbarungsorgan und 'vierter Gewalt',“ in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“, a.a.O., S. 97-123.

Anmerkung: Leider verwendet der Autor, Winand Gellner -Hochschuldozent für Politikwissenschaft an der Universität Trier-, in seinem Aufsatz „Medien im Wandel“ simplifizierend und auch auf fragwürdige Weise den Begriff „konservativ“ gewissermaßen als synonym für eine geringere Unabhängigkeit der Medien gegenüber der Politik. Dadurch werden die Elemente „konservative politische Einstellung“ und (politische) Unabhängigkeit eines Mediums in ein unzulässiges antagonistisches Verhältnis gesetzt, daß sich so nicht aufrechterhalten läßt. Denn dies würde die Existenz konservativer kritischer und unabhängiger Medien per definitionem ausschließen. Vielmehr ist die hier konstatierte Unterscheidung zwischen Journalisten und ihren Mediensystemen als Arbeitgeber das wesentliche Moment. Denn man kann zu Recht

3.2. Macht- und Spannungsverhältnis zwischen Medien und Politik aus der Perspektive verschiedener systemtheoretischer Ansätze

Das Verhältnis zwischen Medien und Politik kann als Macht- und Spannungsverhältnis verstanden werden, welches durch verschiedene miteinander konkurrierenden systemtheoretische Modelle im folgenden skizziert werden soll: Die Kommunikations- und Publizistikwissenschaftler Michael Kunczik und Astrid Zipfel verweisen dabei auf vier grundlegende Paradigmen: Das „Gewaltenteilungsparadigma“, das „Instrumentalisierungsparadigma“, das „Dependenzparadigma“ und schließlich das „Symbioseparadigma“.⁴⁴

- Das „Gewaltenteilungsparadigma“ geht von der Prämisse zweier voneinander unabhängiger und klar abgrenzbarer Systeme, einem politischen System und einem Mediensystem, aus. Dem Mediensystem wird in seiner vollkommen unabhängigen Existenz die kontrollierende Funktion gegenüber dem politisch-demokratischen System zugeschrieben. In dieser Funktion werden die Medien als die oft zitierte "Vierte Gewalt" bezeichnet. Kritiker dieses Modells hingegen betonen: Einerseits verfüge diese „Vierte Gewalt“ nicht über das Macht- und Sanktionspotential wie die sich gegenseitig kontrollierenden Verfassungsorgane. Andererseits sei die vorausgesetzte vollständige Unabhängigkeit der Medien durch die tatsächlichen ökonomischen und politischen Abhängigkeiten realitätsfern.
- Das „Instrumentalisierungsparadigma“ demgegenüber bricht die Vorstellung zweier völlig unterschiedlicher und in sich abgeschlossener Systeme auf. Statt dessen wird dem politisch-demokratischen System die dominierende Rolle zugewiesen, welches das Mediensystem für seine Zwecke instrumentalisieren. Dazu gehörten beispielsweise der Parteinfluß in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie Public Relations-Strategien. Auch indizierten die Förderung anwendungsbezogener Medienwirkungsforschung das politische Interesse an der Instrumentalisierung der Medien.
- Die scheinbare Antipode des „Instrumentalisierungsparadigma“ ist das „Dependenzparadigma“. Dieser Ansatz begreift das Macht- und Spannungsverhältnis zwischen politisch-demokratischem System und dem Mediensystem als eines zugunsten des Mediensystems:

vermuten, daß nicht selten erhebliche Interessendivergenzen zwischen dem Journalisten als Informationsvermittler auf der einen und dem Verleger eines Massen-Mediums, der wirtschaftliche Interessen verfolgt und dabei eine gewisse Nähe zu politischen Entscheidungsträgern sucht, auf der anderen Seite bestehen. Daß dieses häufig mit dem vereinfachenden politischen links-rechts Schemata einhergeht läßt sich zwar nicht verneinen, erscheint mir jedoch als eindeutiges Unterscheidungskriterium untauglich.

44 Vgl. Kunczik, Michael, Zipfel, Astrid, „Publizistik“, a.a.O., S. 84 -90.

Politik gerate in zunehmende Abhängigkeit der Medien und unterwerfe sich weithin deren Gesetzmäßigkeiten und Kommunikationscodes. So müsse Politik, um von den Medien wahrgenommen und mediatisiert zu werden, mit Hilfe geschickter „politischer Kommunikation“ verkauft werden. Dieses Phänomen bezeichnet der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter als „Mediatisierung der Politik“.⁴⁵

- Das „Symbioseparadigma“ und der „Interdependenzansatz“ wiederum gehen davon aus, daß die oben aufgeführten Modelle das Macht- und Spannungsverhältnisses zwischen den beiden Systemen nur unzureichend reflektierten. Grundlage dieses in sich variierenden Modells ist die Auffassung einer „wechselseitigen Abhängigkeit“ zwischen Politik und Medien (Interdependenz) bis hin zur „fragwürdigen Symbiose“.⁴⁶

So verweisen Klaus-Dieter Altmeppen, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Journalistik der Universität Hamburg, und Martin Löffelholz, Kommunikationswissenschaftler, auf ein spezifisches Milieu, in dem sich Journalisten und Politiker bewegen: Aus persönlichen Begegnungen und aus dem alltäglichen Arbeitsverhältnis heraus entstünde Nähe, die die notwendige journalistische Distanz erschwere.⁴⁷

Der Publizistikwissenschaftler Ulrich Saxer geht noch einen Schritt weiter, in dem er diese spezifische Form der Interaktion zwischen politischen und journalistischen Akteuren nicht mehr als bloße "Interdependenz", sondern bereits als „fragwürdige Symbiose“, die sich in Mediengesellschaften weiter verdichte, bezeichnet. Die Interaktionen zwischen politischen Entscheidungsträgern und politischen Journalisten kennzeichne sich trotz des unterschiedlichen Rollenverständnisses auch durch komplementäre Interessen, was eine „ideale Konstellation für Gegengeschäfte“ darstelle: Die Journalisten, die an umfangreichen und möglichst exklusiven Stories interessiert seien, und die Politiker, die ihrerseits an einer positiven Publizität interessiert seien.⁴⁸

Die symbiotische Interaktionsbeziehung wird selbst von Journalisten nicht mehr bestritten.⁴⁹

Vor dem Hintergrund dieser Interaktionsbeziehungen folgert der Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli, daß die "traditionelle Vor-

45 Vgl. Oberreuter, Heinrich, „Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel, in: Böckelmann, Frank, E. (Hrsg.), „Medienmacht und Politik. Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel“, Berlin, 1989, S. 31-41.

46 Vgl. Kunczik, Michael, Zipfel, Astrid, „Publizistik“, a.a.O., S. 84 -90 / dazu auch einige interessante Aufsätze in der Zeitschrift: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B 41-42/2001.

47 Vgl. Altmeppen, Klaus-Dieter /Löffelholz, Martin, „Zwischen Verlautbarungsorgan und ‚vierter Gewalt‘“, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“, Bonn, 1998, S. 113-114.

48 Vgl. Saxer, Ulrich, „Mediengesellschaft: Verständnisse und Mißverständnisse“, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“, Bonn, 1998, S. 64-65.

49 Vgl. Holz-Bacha, Christina, „Das Private in der Politik: Ein neuer Medientrend?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B41 - 42 / 2001, 5. Oktober 2001, S. 20-26.

stellung" von Medien als "Vierte Gewalt" eine zunehmend geringere Rolle spiele. Dabei schränkt er jedoch ein, den "normativen Bezugspunkt", nämlich sowohl den „Anspruch auf Autonomie der Massenmedien und des politischen Journalismus“ als auch die Vorstellung der Medien als nicht-staatliche Kontrollinstanz in Form der Vierten Gewalt, nicht generell in Frage stellen zu wollen.⁵⁰

Trotz der vorsichtigen Formulierung Sarcinellis', widerspricht das „Interdependenz- und Symbiose“-Modell der in der Gesellschaft weitgehend akzeptierten und internalisierten Annahme der Medien als „Vierten Gewalt“. Die Interdependenz erstreckt sich jedoch noch auf eine weitere inhaltlich-funktionale Dimension im Verhältnis zwischen politischen Machträgern und Medien: Einerseits benötigen Politiker Massenmedien als Sprachrohre, beispielsweise durch Interviews, zur politischen Kommunikation. Andererseits bilden Medien für sie bei Durchbrechung der bürokratisch-administrativen Informationswege eine unumgängliche alternative Informationsquelle – auch oder vielleicht besser gesagt insbesondere bei internationalen Geschehen.⁵¹

Die oben dargestellten Modelle verweisen auf noch kein einheitliches Verständnis seitens der systemtheoretischen Forschung gegenüber den beiden Systemeinheiten, der Medien und der Politik.

3.3. Medien und internationale Politik

Das komplizierte Zusammenspiel von Massenmedien und politischen Akteuren der internationalen Politik wird im Folgenden aus zwei Blickrichtungen skizziert:

Erstens, aus der Perspektive des „Instrumentalisierungsparadigmas“ (*„Medien als Instrument internationaler Politik“*), d.h. des Verständnisses von Massenmedien als Instrument der Politik.

Und zweitens, aus der Perspektive der massenmedialen Dominanz gegenüber dem politischen System (*„Macht der Medien in der internationalen Politik“*). Die zweite Perspektive geht jedoch über den oben beschriebenen Ansatz des „Dependenzparadigmas“ hinaus und berücksichtigt den Stand der Medienwirkungsforschung.

50 Vgl. Sarcinelli, Ulrich, „Politikvermittlung durch Massenmedien“, in: „Verantwortung in einer unübersichtlichen Welt“, Sammelband (Referate und Diskussionsergebnisse des Bundeskongresses der Deutschen Vereinigung f. Politische Bildung), Bonn, 1995, S. 449.

51 Vgl. Schneider, Beate, „Von Friedensfürsten und Brandstiftern“, in: Publizistik, 1984, S. 315 f. / Hoge, James F., „Der Einfluß der Massenmedien auf die Weltpolitik“, in: Kaiser, Karl, Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), „Weltpolitik im neuen Jahrhundert“, Bonn, 2000, S. 327-332.

3.3.1. Medien als Instrumentarium internationaler Politik

Angesichts des von der Politik angenommenen Machtpotentials der Massenmedien, die Fähigkeit nationale öffentliche Meinungen und sogar die Weltmeinung zu formen, dürfte die Versuchung politischer Akteure auch auf der Ebene der internationalen Politik groß sein, daß Druckpotential der internationalen Berichterstattung der eigenen Zielsetzung zu Nutze zu machen:

So könnten ethnische Minderheiten – wenn nicht bereits schon geschehen – sich selbst ausschließlich in der Opferrolle darstellen und die staatstragende Ethnie dämonisieren, um auf diese Weise die Sympathie der Weltöffentlichkeit zu gewinnen. Mit wachsenden medialen Druck könnten die Großmächte oder die internationale Staatengemeinschaft sich aus „moralischen“ Gründen dazu genötigt sehen, endlich etwas gegen die – vermeintlichen oder realen – Menschenrechtsverletzungen der staatstragenden Ethnie im Land X oder Y zu unternehmen – also militärisch zu intervenieren („Humanitäre Intervention“).⁵²

Auch kann nicht ausgeschlossen werden, daß Großmächte – zwecks ungestörter Realisierung ihrer strategischen Interessen – ihrerseits Massenmedien instrumentalisieren, um der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung die gewünschte Stoßrichtung zu geben. Daß heißt, die öffentliche Meinung über die eigentlichen Zielsetzungen graduell oder gar gänzlich uninformiert zu lassen und idealerweise noch ihre explizite Unterstützung zu gewinnen. So könnten staatsdominierende Volksgruppen oder schwächere Staaten unter dem Vorwand aggressiver Menschenrechtsverletzungen als Aggressoren definiert oder selektiert werden, denen man – militärisch – entgegenzutreten müsse, um den wiederum von den Großmächten definierten vermeintlichen Opfern beizustehen.⁵³ Der Staats- und Völkerrechtler Thomas Fleiner sieht genau darin eine immenses Problem: „So geraten wir in der neuen monopolaren Welt in die Gefahr, daß die Staaten, die den Sicherheitsrat der UN kontrollieren, über die Selektion der Aggressoren ihre strategischen Ziele mit Hilfe der ganzen internationalen Gemeinschaft erreichen können.“⁵⁴

Die Instrumentalisierung von Massenmedien seitens der Politik bedeutet somit nicht, daß Massenmedien machtlos seien. Im Gegenteil, ihre Macht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, macht sie geradezu attraktiv für die

52 Vgl. Shaw, Martin, „Civil Society and Media in Global Crisis. Representing Distant Violence“, a.a.O., S. 7 / Fleiner, Thomas, „Minderheiten und Nationalismus - Die Mitschuld der Medien am Jugoslawienkonflikt“, in: Bittermann, Klaus (Hrsg.), „Serbien muß sterben“, 2. Aufl., Berlin, 1994, S. 50-52 / Kindermann, Kim und Rinker, Michael, „Medien als Kriegsmacht? Risiken und Gefahren medialer Berichterstattung am Beispiel des Nationalitätenkonflikts im ehemaligen Jugoslawien“, in: Baringhorst, Sigrid, u.a. (Hrsg.), „Macht der Zeichen - Zeichen der Macht“, Frankfurt a.M., 1995, S. 249.

53 Vgl. Fleiner, Thomas, „Minderheiten und Nationalismus - Die Mitschuld der Medien am Jugoslawienkonflikt“, a.a.O., S. 53 f. f..

54 Zitat: Fleiner, Thomas, „Minderheiten und Nationalismus - Die Mitschuld der Medien am Jugoslawienkonflikt“, a.a.O., S. 60.

politische Indienstnahme. Allerdings handelt es sich hierbei denn eher um eine ‚passive Medienmacht‘. Diese kennzeichnet sich vornehmlich als eine Art inoffizielles Exekutivorgan. Daß heißt, als Sprachrohr des politischen System, denn als ein vom politischen System funktional unabhängiges oder gar die Politik bestimmendes Mediensystem.

3.3.2. Macht der Medien in der internationalen Politik

Die angenommene Macht der Medien gegenüber der Politik wurde bereits unter dem systemtheoretischen Modell des „Dependenzparadigmas“, also, um es mit den Worten Oberreuters zu sagen, der „Mediatisierung der Politik“⁵⁵ skizziert. Das „Dependenzparadigma“ kann auch ohne weiteres, ohne diesen Ansatz im Detail wiederholen zu müssen, auf die internationale Ebene übertragen werden.

Eine andere Forschungsrichtung, welche sich mit der Medienmacht beschäftigt, ist die Medienwirkungsforschung. Sie stellt in der Kommunikations- und Publizistikwissenschaft einen eigenen umfassenden Forschungszweig dar. Auch die Politikwissenschaft zeigt ein langsam wachsendes Interesse an der Medienwirkungsforschung. Und zwar nicht nur hinsichtlich der Frage, ob und wie Medien die öffentliche Meinung beeinflussen können, sondern darüber hinaus, ob und wenn, in welchen Dimensionen diese potentielle Einflußnahme auf die öffentliche Meinung sich indirekt auch auf die politische Entscheidungsebene auswirkt.

Allerdings kann die Medienwirkungsforschung in dieser Arbeit aufgrund ihrer Komplexität und teils widersprüchlichen Ergebnissen einerseits und der geringen Relevanz für die Forschungsfrage dieser Arbeit andererseits keine ausführliche Berücksichtigung finden. Festzustellen bleibt lediglich, daß in der entsprechenden sozialwissenschaftlichen Literatur die Wirkungsintensität und -qualität der Medien und somit deren Macht – über die Formung der Öffentlichen Meinung – politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, in der Politik generell wissenschaftlich nicht hinreichend und gesichert geklärt ist.⁵⁶

Andererseits dürfte weitgehend unstrittig sein, daß der durch die massenmediale Berichterstattung entstehende Druck der öffentlichen Meinung, daß Handeln politischer Machttträger mittelbar oder unmittelbar zu beeinflussen vermag. Um dennoch auf diesem unsicheren Terrain Aussagen über die Medienwirkung treffen zu können, weicht der Politikwissenschaftler

55 Vgl. Oberreuter, Heinrich, „Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel“, in: Böckelmann, Frank, E. (Hrsg.), „Medienmacht und Politik. Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel“, a.a.O., S. 31-41.

56 Vgl. Sarcinelli, Ulrich; Hoffman, Jochen, „Politische Wirkungen der Medien“, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Sammelwerk, Bonn, 1999, S. 720 f.f. / Kunczik, Michael; Zipfel, Astrid, „Publizistik“, a.a.O., S. 285 f.f..

Ulrich Sarcinelli auf den weniger verbindlichen hypothetischen Terminus „Wirkungsvermutung“ aus.⁵⁷

James F. Hoge, Herausgeber der renommierten Zeitschrift „Foreign Affairs“, behauptet in diesem Zusammenhang etwas selbstsicherer, daß bereits die politische Medienberichterstattung der Printmedien nicht ohne Einfluß auf politische Entscheidungsträger sei: Politiker reagierten in großem Maße auf Berichte und Kommentare von Zeitungen.⁵⁸

Inwiefern eine durch Massenmedien geformte öffentliche Meinung sogar die Entscheidung zur militärischen Intervention oder zu deren Beendigung bzw. zum Kriegeintritt ganz allgemein seitens einer Großmacht, eines Bündnisses oder der internationalen Staatengemeinschaft herbeigeführt hat, sei einmal dahingestellt. Allerdings werden in der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Literatur beispielsweise die innerstaatlichen Konflikte in Somalia 1992 und im Irak 1991 (zwischen dem irakischen Regime und den abtrünnigen Kurden im Norden des Landes) sowie die jugoslawischen Bürgerkriege Anfang bis Mitte der 90'er Jahre in diesem Zusammenhang erwähnt.⁵⁹

Daß eine Korrelation besteht, erscheint in der – siehe Fußnote – genannten Literatur plausibel. Dennoch erwähnte keiner der Autoren in seinen Texten entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen, daß heißt empirisches Datenmaterial, wie beispielsweise systematisch aufbereitete Befragungen (außen)politischer Entscheidungsträger, welche die Behauptungen fundieren könnten. Somit handelt es sich wahrscheinlicher – um Sarcinellis hypothetischen Terminus zu verwenden – dabei um „Wirkungsvermutungen“, denn um empirisch gesicherte Erkenntnisse.

Gegenüber den hypothetisch signifikanten Auswirkungen und Einflüssen der Massenmedien auf die westlichen außenpolitischen Entscheidungsprozesse, ordnet Verica Spasovska, Chefin vom Dienst des Südosteuropa-Programmes der Deutschen Welle, ein autonomes und interessenorientiertes Handlungsprimat mit Blick auf die Jugoslawien-Kriege ausschließlich der Politik zu: Die Medien hätten zwar eine kurzfristige Emotionalisierung der Öffentlichkeit herbeiführen und somit Einfluß auf die Prozesse der Politikgestaltung, beispielsweise die Geschwindigkeit

57 Vgl. Sarcinelli, Ulrich; Hoffman, Jochen, „Politische Wirkungen der Medien“, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, a.a.O., S. 721.

58 Vgl. Hoge, James F., „Der Einfluß der Massenmedien auf die Weltpolitik“, a.a.O., S. 327-332.

59 Vgl. Wilke, Jürgen, „Mediokratie - Der Einfluß der Medien auf die internationale Politik“, in: Bertelsmann Briefe, Heft 139, Frühling-Sommer, 1998, S. 65-66 / Fleiner, Thomas, „Minderheiten und Nationalismus - Die Mitschuld der Medien am Jugoslawienkonflikt“, a.a.O., S. 51 / Shaw, Martin, „Civil Society and Media in Global Crisis . Representing Distant Violence“, a.a.O., S. 156-157, 166 / Brock, Peter, „Meutenjournalismus“, in : Bittermann, Klaus (Hrsg.), „Serbien muß sterben“, a.a.O., S. 32 / Hoge, James, F., „Media Pervasiveness“, in: Foreign Affairs, July/August 1994, S. 138-140. / Hoge, James F., „Der Einfluß der Massenmedien auf die Weltpolitik“, a.a.O., S. 327-332 / Kindermann, Kim und Rinker, Michael, „Medien als Kriegsmacht? Risiken und Gefahren medialer Berichterstattung am Beispiel des Nationalitätenkonflikts im ehemaligen Jugoslawien“, a.a.O., S. 249.

politischer Entscheidungen und deren Durchsetzung, nehmen können. Die Inhalte nationaler Außenpolitik als solches jedoch, wären ausschließlich durch die nationalen Interessen der jeweiligen Regierungen bestimmt worden.⁶⁰

Offensichtlich kennzeichnet sich auch der Bereich der Medienwirkungsforschung (ähnlich den systemtheoretischen Modellen hinsichtlich des Verhältnisses der beiden Systeme, dem Mediensystem und dem politischen System), dadurch, daß man von einer einheitlichen Vorstellung in der Wissenschaft über die Wirkungskraft von Massenmedien auf die Entscheidungsprozesse der (Internationalen) Politik noch weit entfernt ist. Allerdings, und das ist der Unterschied zum „Instrumentalisierungsparadigma“, gehen viele Untersuchungen, wenn auch mit systematisch empirischen Analysen noch nicht hinreichend belegt, tendenziell von einer Dominanz der Medien über die Politik, zumindest aber von erheblichen Einflußmöglichkeiten auf außenpolitische Entscheidungen, aus. Dieses – hypothetische – Einflusspotential bezeichne ich als ‚aktive Medienmacht‘.

60 Vgl. Spasovska, Verica, „Der Jugoslawienkonflikt als Medienereignis“, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 1995/Nr. 1 - 35. Jahrgang, S. 17.